Carl Friedrich Gethmann und Georg Kamp

Globale Energiegerechtigkeit : ethische Fragen

In: Nida-Rümelin, Julian / Daniels, Detlef von / Wloka, Nicole (Hrsg.): Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung. – ISBN: 978-3-11-061586-9. - Berlin: De Gruyter, 2019.
S. 311-340

(Forschungsberichte / Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ; 41)

Persistent Identifier: urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-31649

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.

Carl Friedrich Gethmann und Georg Kamp

Globale Energiegerechtigkeit. Ethische Fragen

1 Einleitung

Technisch erzeugte Energie ist eine „Grundlagen-Ressource“: Eine Versorgung mit günstiger und sicherer Energie ist unverzichtbar, um für die Menschheit die benötigte Nahrung zur Erhaltung der physischen Subsistenz in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Energie wird benötigt, um für weite Teile der Menschheit Trinkwasser aufzubereiten und dort verfügbar zu machen, wo es benötigt wird. Weite Teile der Erde wären nicht bewohnbar, ohne dass ein steter Zufluss von Energie die Erwärmung oder Kühlung der Wohnumgebung ermöglicht. Zunehmend bedeutsam wird, dass technisch erzeugte Energie eine wesentliche Voraussetzung für Transport und Kommunikation darstellt und damit Grundlage für Arbeitsteilung, Spezialisierung und Teilhabe an Märkten ist. Das Verfügenkönnen über Energie hat überall eine technische und ökonomische „Hebelwirkung“ für die Steigerung der Produktivität und damit für die Erreichung eines Lebensstandards, der über die elementare Subsistenzsicherung hinausgeht. Nur vermittels dieser „Hebelwirkung“ können sich Menschen die Ressourcen verschaffen und sichern, mit denen sie sich über den Naturzustand erheben. Das Verfügenkönnen über Energie ist damit Grundlage für alle Kultur und allen Wohlstand, und deren technisierte Bereitstellung macht das Verfügenkönnen planbar und verlässlich.

Bei allen Chancen, die sie bietet, ist die technische Erzeugung von Energie aber auch mit Risiken verbunden. Die verschiedenen Formen der Energiegewinnung und -nutzung gehen mit spezifischen Risiken einher, von den Gefahrenpotenzialen, die die einfache Feuerstelle mit sich bringt, bis hin zu den Gefahrenpotenzialen, die mit Störungen in einem Kernkraftwerk einhergehen. Zudem „verbraucht“ die intensive Nutzung von Energie die Umwelt, in der die Menschen leben, Abbau und Förderung von Energieträgern und die Deponie von Rückständen verbrauchen Boden, Emissionen verunreinigen Wasser und Luft, die Anreicherung bestimmter Verbrennungsrückstände in der Atmosphäre verändert nach und nach die klimatischen Bedingungen für das Leben auf der Erde. Dabei sind Nutzen und Lasten einer technischen Energieversorgung ungleich verteilt, und in einer zunehmend vernetzten Welt entstehen zunehmend Konflikte, die Anlass geben, auch im globalen Maßstab Fragen einer gerechten Verteilung aufzuwerfen und über Strategien nachzudenken, wie den verschiedenen Anforderungen auf gerechte Weise entsprochen werden kann.

2 Herausforderungen einer globalen Energiegerechtigkeit

Während Fragen der globalen Verteilung in politischen oder wirtschaftlichen Kontexten immer gleich auch auf die äußeren, die Ebene etablierter Organisationseinheiten überschreitenden Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des Handelns bezogen sind, werden Fragen der Verteilungsgerechtigkeit meistens als Kommunikations- und Interaktionsfragen zwischen Individuen, Gruppen oder Institutionen *innerhalb* einer sozialen Korporation (Familie, Unternehmen, Staat u. a.) gestellt. Die schon seit langem geführte Diskussion zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit im Umweltbereich beispielsweise bewegt sich vorwiegend in einem binnenstaatlichen Kontext (vgl. Gethmann 1995). Bis vor wenigen Jahren gab es grosso modo nur eine Fragedimension, die diese Perspektive überschreitet, nämlich das Problem der Verteilungsgerechtigkeit zwischen Generationen mit Blick auf die Langzeitverantwortung. Diese – ihrerseits erst seit einigen Jahrzehnten systematisch bearbeitete – Fragestellung weist allerdings eine klar *diachrone* Perspektive auf.¹ Sofern überhaupt Fragen der Verteilungsgerechtigkeit über den engeren staatlichen Rahmen hinaus in *synchroner* Perspektivierung diskutiert wurden, dann zumeist unter einer dualistischen Präsupposition: reiche Überfluggesellschaften vs. „dritte Welt“, entwickelte Industrienationen vs. Regionen mit nachholender Entwicklung, Geberländer vs. Nehmerländer. Es gibt jedoch eine Reihe von Fragen, die das Problem der Verteilungsgerechtigkeit zwischen Staaten und staatsähnlichen Korporationen in *synchroner* und multi-lateraler Perspektive implizieren. Das betrifft beispielsweise Regeln des Kriegrechts einschließlich der Verteilung von Kriegsfolgelasten, des diplomatischen Verkehrs, des internationalen Vertragsrechts, der Proliferation bestimmter Waffen u. a. Vermutlich erst mit der Klimadiskussion wird jedoch die Gerechtigkeitsfrage in einer solchen synchronen Perspektive *explizit* angesprochen. Hier werden die bekannten Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, wie sie zwischen individuellen und institutionellen Akteuren bestehen, auf Staaten oder staatsähnliche Akteure übertragen. Grundsätzlich ist zu fragen, wie sich die Ungleichheit der Verteilung aufgrund der faktischen Ungleichheit von Interessen und Bedürfnissen zur normativen Gleichheit der Akteure verhält. Zu klären ist, ob staatliche und andere organisierte Großkorporationen oder die Individuen und Bürger Subjekte und Objekte von Verteilungsgerechtigkeit sind. Ausgehend von der Konzeption, dass Gerechtigkeit „gerechtfertigte Ungleichheit“ ist, stellt sich die Frage nach den

1 Vgl. die Diskussion am Beispiel der nuklearen Entsorgung in Streffer et al. (2011).

adäquaten Rechtfertigungskriterien und den relevanten Vergleichsgrößen. Besonders schwierig ist bekanntlich zu klären, wie historische Verdienste in Bezug auf später Hinzukommende und von diesen Verdiensten Profitierende ausgeglichen werden („historische Gerechtigkeit“). Schließlich ist zu erörtern, wie eine naturhafte bzw. schicksalhafte Begünstigung (z. B. Reichtum an Bodenschätzen) oder Benachteiligung (z. B. desolate politische Zustände aufgrund von Versäumnissen von Kolonialmächten) ohne eigene Verdienste bzw. Versäumnisse ausgeglichen wird.

Eine einfache, wenn auch juristisch nicht leicht zu operationalisierende Vorstellung besagt, dass als Verteilungskriterien immerhin die universellen Menschenrechte zur Geltung gebracht werden können. Menschenrechte stellen jedoch vorrangig auf den Schutz des Individuums ab und lassen allenfalls indirekt Schlussfolgerungen für Fragen der Verteilungsgerechtigkeit zu. Ferner ist mit dem Hinweis auf Menschenrechte die Vorstellung verbunden, dass sich die ökonomische Globalisierung gewissermaßen als Vehikel des normativen Universalismus erweisen könnte. Insgesamt zeigt die Diskussion der letzten Jahrzehnte jedoch, dass die ökonomische Globalisierung keineswegs Hand in Hand mit der Globalisierung universeller Normen, beispielsweise der Menschenrechte, erfolgt. Vielmehr werden universalistische Moralvorstellungen einschließlich Gerechtigkeitsvorstellungen oft selbst als eine Art „Propagandatrick“ westlicher Ausbeutungsstrategien interpretiert („Eurozentrismus“). Demgegenüber werden partikularistische Moralvorstellungen als Ausdruck besonderer Traditionen und Kulturverständnisse zur Geltung gebracht (vgl. Gethmann 2006). Nicht zuletzt erfolgt die Abwägung der universellen Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit („jedem das Gleiche“, „jedem nach seiner Leistung“, „jedem nach seinem Bedürfnis“ u. a. m.) in Affinität zu gesellschaftlichen Traditionen sowie zu Status und Rolle der Verhandelnden.

Das Energiethema verschärft die genannten Probleme einer globalen Verteilungsgerechtigkeit über die im Bereich kleinräumiger individueller und institutioneller Akteure bekannten Ausmaße. Zugleich ist das Energiethema, von Einzelaspekten abgesehen, noch nicht Gegenstand einer angemessenen, auf den globalen Maßstab bezogenen Diskussion. Stichworte wie „energy“ oder „electricity“ etc. sucht man etwa in der 1200 Seiten starken *Encyclopedia of Global Justice* (Chatterjee 2011) vergeblich. Viele schon akute oder in naher Zukunft zu erwartende Konflikte bedürfen jedoch einer ethischen Reflexion. Die dabei zu stellenden Fragen berühren zahlreiche Felder der Ethik und sind nicht auf die Gerechtigkeitsproblematik allein beschränkt. Dies zeigt sich etwa unmittelbar mit Blick auf die in Öffentlichkeit und Politik diskutierten Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel, der u. a. auf die intensive Nutzung von Energie zurückgeht: Verbreitet finden sich dort Verzichtsappelle, vielfach werden Lebensmodelle propa-

giert, die auf eine naturgemäßere, bescheidenere Lebensführung abzielen, in der politischen Debatte findet sich ein Reflex davon in Vorschlägen, das Konsumverhalten der Bürger auf die eine oder andere Weise regulatorisch zu beschränken. Zugleich finden sich Stimmen, die eine Lösung der Klimaproblematik gerade in technischem Fortschritt, in Wachstum und Innovation sehen. Um die darin sich ausdrückenden Anforderungen durch Überspitzung zu illustrieren: Prinzipiell kann man sich gerecht verteilte Ressourcen und eine gerechte Energieverfügbarkeit auf dem Niveau einer vorindustriellen, agrarisch basierten Energiewirtschaft ebenso vorstellen wie auf dem heute in den Industriegesellschaften vorfindlichen Niveau der Lebensführung (desgleichen: erhebliche oder geringe gerecht verteilte Emissionen, erhebliche oder geringe gerecht verteilte Emissions-Vermeidungskosten etc.). Jenseits der Fragen einer gerechten Verteilung sind von Seiten der Ethik entsprechend auch Fragen von Berechtigung und Verpflichtung zu diskutieren: Fragen der Berechtigung, die Freiheit zu einer selbstbestimmten Lebensführung auszuüben, vorhandene Möglichkeiten für sich selbst zu nutzen und etwa verfügbare Güter zu konsumieren einerseits. Fragen der Verpflichtung, dabei auf die Freiheiten anderer in angemessenem Umfang Rücksicht zu nehmen und die unmittelbaren wie die fernerer Folgen für andere in die eigene Handlungsplanung einzubeziehen, andererseits. Gleichwohl stellen im Bemühen um eine für alle zuträgliche und auskömmliche Energieversorgung Gerechtigkeits-erwägungen einen wesentlichen Teil der zu führenden ethischen Debatten dar.

Da eine solche Energieversorgung in der Regel an komplexe, grenzüberschreitende Infrastrukturen gebunden ist, wird die Frage nach einer globalen Energiegerechtigkeit und danach, wie sie hergestellt werden kann, meist in der Form gestellt, wie institutionelle Rahmenbedingungen zu gestalten wären, die die Schaffung gerechter Verhältnisse aussichtsreich machen. Mit Blick auf staatliche und quasi-staatliche Akteure liegt dabei eine besondere Schwierigkeit in dem Umstand, dass es heute in globaler Perspektive eine nicht unbeträchtliche Zahl von Staaten gibt, die Regierungsaufgaben im traditionellen Sinne nicht wahrnehmen wollen oder können. Ursachen dafür sind innere Konflikte, beispielsweise Regionalkonflikte, die teilweise aus Kolonialisierungsfolgen resultieren, soziale Konflikte, die durch Bevölkerungswachstum, Wirtschaftsschwäche resp. Armut hervorgerufen werden, u. a. m. In Extremfällen der staatlichen Desorganisation wird von „lost“ oder „failed states“ gesprochen.² Jedenfalls gehört zur

2 Bei der Bestimmung der „failed states“ stehen teils eher ökonomische, teils eher legitimatorische Aspekte im Vordergrund. Einheitliche Definitionen und Indikatoren haben sich nicht durchgesetzt, sodass auch die numerischen Angaben schwanken. Eine Einschätzung über aktuelle Sachstände in 178 miteinander verglichenen Nationen hinsichtlich relevanter Faktoren findet sich im „Fragil State Index“ (<http://fundforpeace.org/fsi/data/>, abgerufen am 10.10.2018).

Erörterung von Gerechtigkeitsfragen im Zusammenhang kollektiver Probleme globalen Ausmaßes die Einbeziehung der Debatte über die politische *globale Selbstorganisation*. Da sich derzeit keine Tendenz zu einer Weltstaats-Konstruktion abzeichnet und ein Weltstaat aus grundsätzlichen Erwägungen vielleicht auch nicht wünschenswert ist (Höffe 1999), sind Gerechtigkeitsüberlegungen im globalen Maßstab mit Überlegungen zu einem überstaatlichen rechtlich verfassten politischen Weltsystem zu verbinden.

Um angemessen differenzierte Lösungsansätze zu entwickeln, die den vielfältigen disparaten Anforderungen und Voraussetzungen gerecht werden, wird man eher über Organisationsformen und Verfahren nachdenken, über die eine angemessene Klärung durch die Beteiligten selbst herbeigeführt werden kann. Dies setzt zum einen die transparente und nachvollziehbare Aufbereitung der erforderlichen Sachinformationen voraus, der technischen Optionen einerseits, der Wirkungszusammenhänge, die über die damit verbundenen Chancen und Risiken Auskunft geben, andererseits. Zum anderen bedarf es einer öffentlichen Debatte, in der Ziele und Erwartungen miteinander abgeglichen, Leistungsbereitschaften und Zumutbarkeiten gegeneinander abgewogen und in formale Berechtigungen und Verpflichtungen überführt werden. Für die Debatte über eine im globalen Maßstab herzustellende Vereinbarung sind auf internationaler Ebene erste Grundsteine gelegt. Mit der Zunahme an Mobilität und der Reichweitenerhöhung der Kommunikation, die überhaupt erst den Blick auf die globale Reichweite der Aufgabe geöffnet hat, haben sich auch die Voraussetzungen für deren Bearbeitung wesentlich verbessert. Zugleich wird damit aber die Tragweite und die Größe der Herausforderung erst abschätzbar. In der Absicht, zur Vorbereitung der anstehenden Diskurse beizutragen, Missverständnissen vorzubeugen, einige Voraussetzungen zu klären und vor unangemessenen und überzogenen Erwartungen zu warnen, werden nachfolgend einige zentrale Fragen aus Sicht der philosophischen Ethik aufgeworfen und behandelt.

3 Der Gegenstand der Verteilung

Rechtfertigungsbedürftig sind Verteilungen dann, wenn zwischen den Beteiligten Konflikte bestehen – wenn also Akteure ihre Zwecke, die sie bei ungehinderter Verfügbarkeit der Verteilgüter erreichen könnten, nicht erreichen können, weil auch andere diese Güter in Anspruch nehmen, um ihre eigenen Zwecke zu erreichen.³ Der Standardfall der Debatte über Verteilungsgerechtigkeit ist entspre-

³ Die Rede von Zwecken (intendierten Sachverhalten) ist hier allgemein so zu verstehen, dass

chend die Konkurrenz um knappe Güter, die, wenn der eine sie nutzt, dem anderen nicht zugleich zur Verfügung stehen. Allerdings wäre es verkürzt, alle Gerechtigkeitsfragen auf diesen Fall zu reduzieren. Schon wenn man den Fokus verschiebt von Gütern auf Ressourcen, ergibt sich ein anderes Bild: Vielfach werden zwar Ressourcen mit Gütern gleichgesetzt – wenn es etwa heißt „Die USA stellen weniger als 5% der Weltbevölkerung, verfügen aber über 40% der Ressourcen“ oder ähnlich, dann ist damit ein endliches Gesamtaufkommen an Sachgütern wie Boden, Rohstoffen, Energie und dergleichen mehr unterstellt, die der eine oder andere Akteur in seinem Besitz hat und von deren Gebrauch er andere ausschließen kann. Legt man dieses Verständnis zugrunde, dann hätte allerdings der Neandertaler etwa über mehr Energie-Ressourcen verfügt als der heutige Bewohner des Neandertals – und zwar gerade im Umfang des bisher erfolgten Abbrandes an Kohle, Gas, Öl, Uran etc. Versteht man unter Ressourcen allerdings – näher am Wortsinn – nicht Güter, sondern in funktionaler Bestimmung dasjenige, was erforderlich ist, um einen bestimmten Zweck zu erreichen, setzt man sie also nicht mit Gütern gleich, sondern versteht sie vielmehr als notwendige Mittel zum Zweck, dann verfügt der heutige Mensch mit seinen enorm erweiterten Handlungsmöglichkeiten über ein Vieltausendfaches der Ressourcen, die dem Neandertaler zu Gebote standen.⁴ Ressourcen, so verstanden, werden nämlich durch Erfinden und Entdecken von Techniken und Nutzungsstrategien generiert und durch Innovation beständig vermehrt – und so konnte etwa aus einer übelriechenden, öligen schwarzen Masse, die, wo sie an die Oberfläche trat, das Land wertlos machte, die über lange Zeit wichtigste Ressource unserer technisierten Zivilisation werden. Von einer endlichen Gesamtheit der zu verteilenden Ressourcen ist in diesem Sinne vernünftigerweise nicht zu reden.⁵ Und wenn es auch richtig ist, dass zur Nutzung der Ressourcen vielfach das Verfügenkönnen über Güter (z. B. Brennstoffe) unerlässlich ist, so gehört zur Nutzung der Ressourcen doch immer auch das Verfügenkönnen über das Wissen, wie die Güter zu verwenden sind, damit sie Nutzen stiften. Da die Nutzung von Wissen

auch das günstigere, schnellere, effizientere nachhaltigere etc. Erreichen eines bestimmten Zwecks wiederum als Zweck darstellbar wird. Ziele dagegen sind die Attribute von Zwecken, die durch die Realisierung von Zwecken erreicht werden sollen (Effizienz, Nachhaltigkeit etc.).

⁴ Eindrucksvoll belegt das die Berechnung von W.D. Nordhaus (1996), nach der der Steinzeitmensch um 9300 v.u.Z. ca. 50 Stunden Arbeit investieren musste, um sich tausend Lumen-Stunden Licht zu verschaffen (entspricht der ca. einstündigen Lichtleistung einer herkömmlichen 75-Watt-Glühlampe), der Angehörige westlicher Industrienationen heute hingegen nur noch ca. 0,00012 Arbeitsstunden – berechnet vor der Verbreitung der LED-Lampen.

⁵ Diese These vertritt mit Nachdruck J. Simon (1996). Für einen historischen Abriss der Ressourcen-Vermehrung durch Innovation von der Antike bis in die Gegenwart vgl. Joel Mokyr (1990): *The Lever of Riches. Technological Creativity and Economic Progress*.

durch den einen nicht den anderen von der Nutzung ausschließt, bestehen in Bezug auf die Verteilung und die Zugänglichkeit solchen praktischen Wissens aber Gerechtigkeitsprobleme anderer und eigener Art. Und insofern die Bewältigung kollektiver Handlungsprobleme vor allem durch eine möglichst breite Problemlöse-Kompetenz aller Beteiligten unterstützt wird, wäre im Zweifel geringerer Wert auf eine Verteilung der Güter als auf eine Verteilung der Ressourcen Wert zu legen.

Für die genauere Rekonstruktion ist der Vorschlag von M. Nussbaum hilfreich, der nicht so sehr die Möglichkeit zur Realisierung gesetzter Zwecke (im Sinne des Verfügens über Güter und technisches Know-how) als den Gegenstand der Verteilungsgerechtigkeit bestimmt, sondern die tatsächliche Fähigkeit („capabilities“), Zwecke frei zu definieren und die Mittel zu deren Verfolgung anzustreben (Nussbaum 1988, 2011; Sen 2009). Eine gerechte Verteilung bezieht danach dann auch Maße der Freiheit bzw., in negativer Abgrenzung, der Freiheitsbeschränkungen mit ein. Entsprechend ist zu fragen, inwieweit dem Individuum die politische oder wirtschaftliche Freiheit gewährt wird, sich die zu seiner Zweckverfolgung nötigen Güter zu verschaffen. Dies schließt den Zugang zu Bildung und Wissen ebenso mit ein wie die Freiheit, über seine Arbeitskraft und seinen Besitz selbst verfügen und eine verlässliche Zukunftsplanung machen zu können. Weiterhin ist zu prüfen, ob eine hinreichende Absicherung gegen gesundheitliche, soziale und andere Risiken besteht, um Handlungswagnisse eingehen zu können, und ob bzw. inwieweit dem Einzelnen die Aneignung von Ressourcen offensteht. Ansätze dieser Art führen dann auch weiter in grundsätzliche wohlfahrtsökonomische Überlegungen hinein, weshalb sie vor allem Thema werden in Debatten über die angemessene Organisation des Sozialstaats oder zur Entwicklungshilfe. Entgegen der Fragestellung, mit der sie in die Diskussion gebracht wurden – „Equality of What“ war der Titel eines Vortrags von Amartya Sen (1980),⁶ auf den sich weite Teile der Diskussion zurückführen lassen –, sind „capabilities“ und ähnliche Konzepte am ehesten als ein Maß für den Handlungsbedarf staatlicher und überstaatlicher Organisationen geeignet und damit nur indirekt Gegenstand der Verteilungsgerechtigkeit. Da es etwa in niemandes Gewalt steht, politische und wirtschaftliche Freiheit über die Nationen hinweg gerecht zu „verteilen“ (und auch innerhalb von Staaten die Gewährung von Freiheit nur mit Mühe als Verteilungsproblem zu rekonstruieren ist), bietet der Vergleich der „capabilities“ verschiedener Personen oder durchschnittlicher „capabilities“ von Regionen oder gesellschaftlichen Organisationen wie der UNO, WHO, UNICEF und anderen Anhaltspunkte dafür, wohin diese ihre Ressourcen

6 Für einen Überblick über die Debatte vgl. Lerch (2004).

primär richten und für welche Ziele sie sie jeweils einsetzen sollen. Dementsprechend wurde der sog. *capabilities approach* von seinen Vertretern u. a. auch als Alternativkonstruktion zu ökonomischen Maßstäben wie dem Bruttosozialprodukt (*gross domestic product*) vorgeschlagen (vgl. insb. Nussbaum 2011). Wo es – wie bei den hier anstehenden Fragen – nicht in erster Linie um die Verteilung von Rechten, Freiheiten und institutionellen Ressourcen geht, scheint dieser Ansatz weniger geeignet. Gleichwohl wäre das bloße Bemühen um eine gerechte Verteilung von Ressourcen ohne ein gleichzeitiges Bemühen um die Herausbildung von Möglichkeiten und Fähigkeiten, diese dann auch zu nutzen, ein fragwürdiges Unterfangen. Insofern müssen Fragen einer gerechten globalen Energieversorgung immer im Zusammenhang mit Fragen der politischen und wirtschaftlichen Handlungsfreiheit, der Stabilität der Institutionen und der fairen Verteilung öffentlicher Güter, der Freiheit zur Entwicklung der Persönlichkeit und des Erwerbs von Bildung behandelt werden.

Von Bedeutung ist allerdings neben der Kategorie der Güter und insbesondere der der Ressourcen die Kategorie der Chancen und Risiken, wie sie z. B. mit der Einführung technischer Innovation, der Wahl zwischen verschiedenen Technikoptionen oder der Einrichtung technischer Großanlagen verbunden sind – wobei dann sowohl die nähere Bestimmung der Maßstäbe, anhand derer Risiken und Chancen verglichen werden, als auch deren Anwendung auf den konkreten Fall zur weiteren Klärung anstehen. Dabei ist nicht zwingend nur an die Ungleichverteilungen zwischen Chancen und Risiken zu denken, wie sie regelmäßig bei der Installation großtechnischer Anlagen entstehen, etwa der Einrichtung einer Pipeline oder eines Kraftwerks, die oft mit höheren Risiken für die nähere Umgebung verbunden sind, während sich die Chancen über Verteilernetze breiter in der Fläche verteilen. Die daraus entstehenden Konflikte sind nachgerade zu einem Grundparadigma der öffentlichen Debatten in den entwickelten Industrienationen geworden, nicht selten verbunden mit dem medial verstärkten Protest derjenigen, die vor allem von den lokal verorteten Risiken betroffen sind.⁷ In globaler Perspektive sind oft Risiken von größerer Bedeutung, die gerade dadurch entstehen, dass technische Potenziale, die Risiken zu konzentrieren und damit zu reduzieren, aufgrund fehlender materialer, kognitiver oder organisatorischer Ressourcen nicht zustande kommen. Ein Beispiel ist etwa das Gesundheitsrisiko,

7 Das Durchsetzungspotenzial kleinerer Gruppen mit höherer Interaktionsdichte (wie etwa derjenigen, die unmittelbar räumlich von einer großtechnischen Installation betroffen wären) gegenüber der „schweigenden Mehrheit“ der Nutznießer, die ungleich höheren Aufwand zu treiben hätten, ihre wechselseitige Anonymität zu überwinden und ihre Interessen organisiert zu vertreten, ist exemplarisch von M. Olson als eine „Logik“ des kollektiven Handelns (1965) dargestellt worden.

das die Schadstoffemissionen beim Hausbrand darstellen, der für drei Milliarden Menschen noch eine alltägliche Selbstverständlichkeit darstellt und dem die WHO jährlich mehr als vier Millionen vorzeitige Todesfälle zuschreibt. Insbesondere dort, wo kein Anschluss an elektrische Netze besteht, wird die Belastung der Atemwege durch Verbrennung von Strauchholz, Dung und andere Biomasse für die Notwendigkeiten des Kochens und Heizens in Kauf genommen (Subramanian 2014).

Nicht zuletzt stellen gerade kollektive Handlungsprobleme wie etwa der Klimawandel, bei dem die Folgen hier und heute getroffener Entscheidungen an weit entfernten Orten auf der Welt und erst in einiger Zukunft auftreten können, besondere Anforderungen an eine Verteilung von Risiken und Chancen. Die dort gestellten Anforderungen sind strukturell verschieden von denjenigen in lokalen Konflikten und müssen grundlegend anders behandelt werden, wenn auch hier Fragen der Gerechtigkeit leitend sein sollen: Können an der Bewältigung der lokalen Konflikte die Betroffenen oft selbst durch direkte Beteiligung mitwirken oder doch auf organisatorische Vorkehrungen und Prozeduren zurückgreifen, die sie selbst legitimiert haben oder deren Legitimation sie wenigstens anerkennen, stehen solche Konfliktbewältigungsinstrumente hier nicht zur Verfügung. Anstelle eines Meinungs- und Interessenausgleichs, in dem der befriedende Konsens wesentlich durch die faktische Akzeptanz der Beteiligten bestimmt ist, muss hier sehr viel stärker auf die Akzeptabilität von Lösungsvorschlägen Wert gelegt werden: Rechtfertigungen sind erforderlich, die auch dann noch Bestand haben, wenn weitere Personen der Debatte beitreten, die bisher keine Mitsprachemöglichkeit hatten, und wenn weitere Daten und Fakten vorgetragen werden, die in den bisher eingenommenen Perspektivierungen noch keine Berücksichtigung gefunden hatten. Tendenziell wird man von solchen Lösungsvorschlägen das Potenzial erwarten, die Zustimmung von allen und unter allen Umständen gewinnen zu können.⁸ In einem derart daten- und faktenbasierten idealen Diskurs würden dann etwa bei aller Hitzigkeit der lokalen Debatten um die Risiken, die z. B. mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbunden sind, die Risiken nach den besten verfügbaren Anhaltspunkten methodisch abgeschätzt und jenseits aller subjektiven Schätzungen mit denjenigen verglichen werden, die durch die Treibhausgase an anderer Stelle entstehen, wenn die Einsparpotenziale der Kerntechnik nicht genutzt werden. Solche Risiko-Chancen-Abwägungen – gegebenenfalls im Rahmen deontologischer Einhegungen (Nida-Rümelin/Rath/

8 In den wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Fachdebatten ist dann von einer situations- und adressateninvarianten Verteidigbarkeit von Behauptungen die Rede, die das Ideal des wissenschaftlichen Diskurses bilden. Analoges gilt für die Verteidigbarkeit von Aufforderungen, die als ethisch rechtfertigbar gelten wollen, vgl. z. B. Gethmann/Sander (1999).

Schulenburg 2006) – werden sich dann eher überzeugend rechtfertigen lassen, wenn man Risiken und Chancen als Möglichkeit von Wohlstandsgewinnen und -verlusten, den gesamtgesellschaftlichen oder den gruppenspezifischen Zugewinn oder Verlust an Lebensjahren, mögliche Gesundheitsbeeinträchtigungen bei bestimmten Vorbelastungen oder dergleichen mehr operativ greifbar macht. Zwar sind mit der Wahl solcher Maßstäbe erhebliche Abstraktionen verbunden, und je nach Maßstab und je nachdem, wie und worauf man den Maßstab anwendet, wird man ein mehr oder weniger großes Zustimmungsverhalten der Verteilungs-Adressaten erwarten dürfen. Gleichwohl ist der strukturierende Beitrag solcher Abstraktionen bei methodisch sauberer Anwendung enorm, sodass diese als Orientierung herangezogen werden sollten, wenn akzeptable, nicht von Stimmungen, Meinungen und Mehrheiten, sondern von rationalen Argumentationen gestützte Beschlüsse gefasst werden sollen.

4 Verteilungskonstellationen

Keineswegs wird zwischen den Beteiligten, seien sie nun Autor, Adressat oder in irgendeiner Beobachterrolle Interpret einer Rechtfertigung, die investierte Bestimmung der Verteilsituation immer schon dieselbe sein. Die Frage, wer überhaupt Betroffener, wer Anspruchsberechtigter ist, kann dabei ebenso strittig sein wie die Frage, ob der Rechtfertigungsbedarf auf die gerade vorliegende Verteilungskonstellation zu beschränken ist oder ob diese Verteilungskonstellation als eine solche innerhalb einer Abfolge von Verteilungskonstellationen zu betrachten ist. Je nachdem wird etwa eine Verteilung nach dem Muster der zeitlich gestreckten Kompensation („Du dieses Mal, ich nächstes Mal“) eine Option sein oder nicht. Dabei ist noch einmal gesondert die Frage zu stellen, ob denn etwa nur künftige Verteilungen oder auch vergangene Verteilungen bzw. historische Entwicklungsverläufe von Verteilungen in Betracht gezogen werden sollen. Diese Frage ist etwa mit Blick auf den Konflikt von besonderer Bedeutung, in dem entwickelte Industrienationen, die bereits über ein Jahrhundert und länger zum Aufkommen von Klimagasen in der Atmosphäre beigetragen haben, den Anforderungen derjenigen Nationen gegenüberstehen, die eine solche Entwicklung eben anstreben, nun aber mit Blick auf die gemeinsamen Budget-Obergrenzen und die Risiken, die mit der Überschreitung gesetzter Klimaschutzziele (z. B. dem sog. „Zwei-Grad-Ziel“) verbunden sind, günstig verfügbare Ressourcen, auf die andere ihren historisch gewachsenen Wohlstand gründen, ihrerseits nicht verwenden sollen. Verteilungen wie diese fußen ja trivialerweise nicht auf gemeinsamer Beschlussfassung – in vielen Fällen werden die historischen Akteure die Aneignung von Gütern gar nicht als Verteilungskonstellation verstanden haben, weil eine Konkurrenz darum für sie

nicht wahrnehmbar war – zum Teil, weil an eine Knappheit schlicht nicht zu denken war,⁹ zum Teil, weil aufgrund historischer anti-humanistischer Vorstellungen „der Andere“ nicht als Konkurrent um Güter wahrgenommen wurde, über die alleine verfassungsberechtigt zu sein man sich qua Rasse, Klasse oder Geschlecht gehalten hat. Dies schließt aber nicht aus, dass sich im Rahmen aktueller Verteilungsdiskurse die dadurch entstandenen Zustände als das Ergebnis von Verteilkonstellationen deuten und als gerecht oder ungerecht bestimmen lassen. Wie auch sonst in Zusammenhängen historischer Deutungen ist dabei lediglich ein Teil des Deutungsspielraums durch die historischen Konstellationen (bzw. die gewählte Beschreibung) festgelegt. Andere Teile fließen durch die Eigenheiten der Traditionen und Deutungskulturen mit ein, denen die Beteiligten jeweils angehören. Nicht zuletzt prägen aber auch (z.T. wiederum kulturell prädestinierte) individuelle und kollektive Perspektivierungen und Interessen die Deutung. Verteilkonstellationen, die die Grenzen einer Deutungskultur nicht überschreiten und die sich in einem Rahmen bewegen, in dem durch homogene Moralvorstellungen oder durch wirksame rechtliche Institutionen Entscheidungs routinen zum Ausgleich unterschiedlicher Perspektivierungen und Partialinteressen gegeben sind, sind dabei in dieser Hinsicht grundverschieden von solchen, die über die Grenzen homogener Kulturen und übergreifender Institutionen hinausreichen. Auch künftige Verteilungserfordernisse wird man bei der genauen Ausformulierung der gegenwärtigen Verteilungskonstellation für mehr oder weniger relevant halten, je nachdem, in wie naher oder ferner Zukunft sie zu erwarten sind (hier findet eine Art von „Diskontierung“ statt), und je nachdem, als wie sicher erwartbar sie unter den angenommenen Verhältnissen vorausgesetzt werden. Dabei spielt etwa die Wahrnehmung der Beziehung, in der sich die Gegenwärtigen zu den Künftigen sehen, ebenso eine wesentliche Rolle wie deren Einschätzung der Stabilität der gegebenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lage. Mit den Worten „Wahrnehmung“ und „Einschätzung“ soll dabei die Bedeutung der subjektiven Brechung unterstrichen werden: So sind die Stabilitätserwartungen und damit etwa die Bereitschaft, heute Entscheidungen in Erwartung künftiger Folgen zu treffen, nicht nur von den tatsächlich gegebenen Verhältnissen abhängig, sodass etwa die Kooperationsbereitschaft und Investitionsbereitschaft in Erwartung künftiger Erträge in der Regel dort höher ist, wo z. B. stabile Rechtinstitute und eine effektive Gewaltkontrolle auch eine verlässliche Aussicht auf den Zugriff auf die Erträge gewähren. Neben diesen eher „beobachtbaren“ Be-

⁹ Man denke hier etwa an D. Humes Bemerkung, dass niemand eine Ungerechtigkeit begehen kann, indem er die im Übermaß vorhandene Luft, obwohl sie zu den „notwendigsten aller Dinge“ gehöre, „verschwenderisch nutzt und sich an ihrem Segen erfreut“ (Hume 1751, Part 3, Abs. 4).

stimmungsfaktoren haben dann aber auch individuelle Einschätzungen und gesellschaftliche Stimmungen Konjunktur, sodass etwa in den 1980er Jahren bei sonst gleicher Entwicklung der Rahmenbedingungen in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften eine zukunfts pessimistische Grundstimmung bestimmend wurde. Die Bereitschaft, Vorschläge für Verteilungsfragen in Erwartung künftiger Kooperationserträge zu gründen, wird unter naheliegenden Annahmen über das Entscheidungsverhalten der Betroffenen von solchen Wahrnehmungen und Einschätzungen abhängig sein. Und die in dieser Bereitschaft begründete Vorstellung, die sich der Einzelne von einer auch künftige Verhältnisse mit einbeziehenden Verteilungskonstellation macht, wird u. U. auf eine Vorstellung treffen, die von unmittelbaren und unaufschiebbaren Handlungserfordernissen geprägt ist und für die aufgrund einer ungewissen Zukunft künftige Ereignisse kaum eine Rolle spielen. Während etwa in den letzten Dekaden in westlichen Gesellschaften Nachhaltigkeitsdiskurse und die Übernahme von Verantwortung für künftige Generationen ein zunehmend längerfristiges gesellschaftliches Planen bestimmen, stoßen diese bei der Bearbeitung kollektiver Handlungsprobleme in globaler Reichweite auf Akteure, deren Planungshorizonte kaum über den heutigen Tag hinausreichen.¹⁰ Beim Blick über die eigenen Kulturgrenzen hinweg sind dann auch über die ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren subjektive und kollektive Deutung hinaus weitere Faktoren auszumachen, die für die Bereitschaft, Verteilungsfragen mit Blick auf Zukunftserwartungen zu rechtefertigen, durchaus mitbestimmend sind. So dürfen im globalen Gerechtigkeitsdiskurs insbesondere kulturelle, ideologische und religiöse Grundhaltungen nicht vernachlässigt werden: Die Erwartung, dass Schicksalsmächte oder eine göttliche Hand in einem künftigen Leben für einen Ausgleich sorgen werden, die Erwartung, dass Anspruchslosigkeit, Bescheidenheit und Verzicht im wiedergeborenen Leben oder durch einen Platz im Paradies honoriert werden, bestimmen als Rahmenbedingungen die Diskurslage wesentlich mit und werden bei Teilnehmern mit diesem Hintergrund andere Vorstellungen vom Diskursgegenstand rege werden lassen als bei denjenigen, die etwa einen gerechten Ausgleich zwischen den herrschenden „irdischen“ Verhältnissen anstreben und hierfür etwa an messbaren Größen orientierte wohlstandsökonomische Überlegungen anstellen.

10 Nicht zwingend ist die hohe Bedeutung, die den Themen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit v. a. in Europa beim politischen Agenda-Setting zugemessen wird, als Indiz für eine bestehende Schutz- und Rettungsbedürftigkeit der Zivilisation und ihrer Umwelt zu werten. Sie kann vielmehr auch als Indikator für das hohe Maß an Stabilität und Planungssicherheit gelten, das die betreffenden Länder erreicht haben. Gegensätze zwischen langfristig planenden und auf unverzügliche Bewältigung existenzieller Nöte angewiesenen Nationen sind eindrucksvoll beschrieben z. B. in Deaton (2013).

Weder bei den Auseinandersetzungen über historische Schuldlasten noch bei Fragen der angemessenen Bestimmung von Planungshorizonten, die auch den künftigen Generationen gerecht werden, ist mit Entscheidungsgründen zu rechnen, die aus jeder Perspektive einsichtig und für jedermann zustimmungsfähig sind. Insofern die zugrundeliegenden Konflikte die individuelle Planungssicherheit und die Potenziale kooperativen Handelns beeinträchtigen, werden die Beteiligten ihre Zustimmungsbereitschaft zu zweit- oder drittbesten Lösungen prüfen müssen, die von Durchsetzungs- und Verhandlungsmacht nicht vollständig befreit sind. Übernationale Organisationen, die nach dem von J. Rawls vorgeschlagenen Gedankenmodell so entworfen sind, dass sie sich jeder Beteiligte unabhängig von seinen Voraussetzungen als Instrument des Interessenausgleichs und als „kooperatives Unternehmen zu wechselseitigem Vorteil“ (Rawls 1971, S. 105) vorstellt, bieten hier sicher die besten Voraussetzungen – und sind freilich am Ende ein leitendes Ideal, dem man sich annähern kann, dessen dauerhafte und statische Umsetzung aber auf internationaler Ebene so wenig erwartbar ist wie auf nationaler. Gefundene Kompromisse und getroffene Vereinbarungen unterliegen dabei – wie auch die Erfahrung zeigt – dem Risiko sich ändernder Anforderungen und Erwartungen und haben allenfalls temporalen Bestand. So aber, wie von einer Staatengrenze entlang von Gebirgsketten und Flussläufen in der Regel eine stärker befriedende Wirkung erwartet werden darf als von einer willkürlichen Grenzziehung in der Fläche, so sollten sich Ausgleichsbemühungen für historische Lasten an jüngeren historischen Umbrüchen wie beispielsweise der Neuordnung der Staaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges orientieren.

5 Universelle Prinzipien und deren globale Anwendung

Ein wesentlicher Bezugsrahmen aller Gerechtigkeits-Debatten sind die vorfindlichen Formen organisierter Interaktion, wie sie durch die Ausbildung von Traditionsgemeinschaften, Rechtsgemeinschaften, Territorialstaaten, Märkten etc. mal in mehr informell-impliziter, mal in mehr formell-expliziter Form gegeben sind. Eine Ausdehnung solcher Überlegungen über die gegebenen Bezugsrahmen hinaus und auf globale Verhältnisse ist aber nicht lediglich ein „Hochskalieren“ oder Ausweiten der Verhältnisse auf die gesamte Oberfläche des Globus und alle darauf Lebenden. Zwar wird seit dem Humanismus und intensiviert seit der Aufklärung über ethische Fragen in einer Weise nachgedacht, die das „ganze Menschengeschlecht“ miteinbezieht – es ist aber nach wie vor unklar, wie diese

abstrakte Formel in aussichtsreiche Vorschläge und Empfehlungen für anwendbar-konkrete Verabredungen und Regelungen überführt werden soll.

Die damit bestehende Herausforderung lässt sich anhand einer Analogie verdeutlichen, die zurückgreift auf die in manchen Science-Fiction-Filmen unterstellte Möglichkeit, Handlungen über Galaxien hinweg durch eine gemeinsame „Sternenzeit“ zu koordinieren: Spätestens seitdem im 19. Jahrhundert die Chronometer an den Bahnhöfen der Großstädte „synchronisiert“ wurden, verfügen wir über ein in alltäglichen Zusammenhängen unproblematisches Konzept der Gleichzeitigkeit: Wenn es in Greenwich 12 Uhr ist, dann auch in Exeter (vgl. hierzu Hylton 2015, Kap. 9). Schon die Frage „Wenn es in Greenwich 12 Uhr ist, wie spät ist es dann auf dem Mond?“ stürzt aber in Verwirrung: So wie das Konzept der Gleichzeitigkeit, angewandt auf die Städte Greenwich und Exeter, auf gesetzten Konventionen und auf durchaus bereits erheblichen technischen Voraussetzungen zu deren Umsetzung und Kontrolle beruht, so ließen sich natürlich auch entsprechende Konventionen für die Zeitverhältnisse zwischen Greenwich und (einem Ort auf) dem Mond fixieren, wir hätten auch sicher eine vage Vorstellung von den erforderlichen technischen Mitteln, die bereitgestellt werden müssten, um die Voraussetzungen für die nötige intersubjektive Kontrolle zur Einhaltung der Konvention zu schaffen – vielleicht eine Fortentwicklung der Cäsium-Atomuhren, die die Signale der GPS-Satelliten mit einem Zeitstempel versehen. Nur eben: Es gibt beides nicht – und bei näherem Hinsehen stellen sich viele Fragen. So sind die konzeptionellen Rahmenbedingungen ebenso zu konkretisieren wie die technischen Realisate. So wäre allererst zu klären, wie angesichts der Distanzen (die gleich mit welchem Mittel immer nur in der Zeit zu überwinden sind) und der physikalischen Anforderungen die technischen Systeme mit der entsprechenden Verlässlichkeit aufgebaut werden sollen und deren störungsfreies Funktionieren über die Zeit kontrolliert werden soll. Und obwohl sich vielleicht gleich die Intuition einer sich homogen und raumfüllend ausbreitenden „Gleichzeitigkeit“ mit uns selbst hier und jetzt als zentralem Bezugspunkt einstellt, wenn von der Sternenzeit die Rede ist, so fehlt doch der für eine Antwort erforderliche Bezugsrahmen. Ein solcher kann zwar theoretisch geschaffen werden – für die Handlungskoordination über kosmische Distanzen hinweg bedarf es aber immer, wie bereits für die Koordination von Fahrplänen der Bahn, einer technisch kontrollierten Konvention, die die Gleichzeitigkeit für jeweils zwei in Beziehung gesetzte Orte (etwa den Aufenthaltsort zweier so-und-so koordinierter Uhren) regelt.¹¹

11 Für eine resiliente Kontrolle bedarf es tatsächlich immer wenigstens zweier gangkonstanter Bewegungen. Vgl. hierzu Janich (1980).

In einer analogen Situation befindet sich die Menschheit, wenn sie vor die Frage gestellt wird, wie man – über die Grenzen kulturell-historisch oder durch explizite Verabredung etablierter „Bezugssysteme“ hinweg und nicht bloß im Gedankenexperiment prinzipiell, sondern real und effektiv –, Gerechtigkeit „herstellen“ und etwa eine im globalen Maßstab gerechte Energieversorgung sicherstellen soll. Der Bezug auf eigene, noch so stabile Intuitionen, wie sie sich einstellen, wenn man etwa an Verteilkonstellationen innerhalb des persönlichen Umfeldes denkt, ist da ebenso wenig ein verlässlicher Bezugspunkt wie der Hinweis auf ein ertrinkendes Kind, das man unter Inkaufnahme geringer eigener Risiken retten könnte, hinreichen würde, eine allen Menschen gegenüber bestehende Verpflichtung aufzuweisen, bedrohtes Leben zu retten.¹² Schaut man genauer hin und prüft man – wie am Beispiel der „Sternenzeit“ illustriert – die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten auf die Bedingungen ihrer Möglichkeit, dann zeigt sich die Voraussetzungshaftigkeit solcher Übertragungen aus dem nahen Umfeld auf das große Ganze: Moralische Intuitionen sind gelernte, habitualisierte Urteilsdispositionen, die in einem Handlungsumfeld ausgebildet werden, das durch unmittelbare oder mittelbare Bekanntschaft der Akteure und ggf. sogar wechselseitige Sympathie geprägt ist, in dem gleichgeordnete Ziele und aus derselben Tradition hervorgegangene Haltungen die wechselseitigen Erwartungen festlegen und in dem regelmäßige soziale Kontrolle und die Möglichkeit direkter, persönlich adressierter Sanktion die Interaktionsformen bestimmen. Diese Intuitionen versagen schnell und führen in die Irre, wenn sie auf anonyme Großgesellschaften angewendet werden, in denen die Interaktionen nicht durch emotionale oder feste soziale Bindungen mitgetragen werden und wir keine stabilen Verhaltenserwartungen an die uns unbekannten Interaktionspartner richten können, wo die Interaktionspartner vielfach wechseln, in denen oft schon die Zurechnung von Handlungen und Handlungsfolgen nicht mehr gelingt und schädigendes Verhalten vielfach nicht effizient sanktioniert werden kann. Entsprechend wäre der Versuch, die Arbeitsteilung innerhalb der Familie oder die Aufteilung der Verpflegung bei einer Wanderung mit Freunden an das Preissignal zu binden ebenso verfehlt wie die Erwartung, dass sich unter den Bürgern einer Kommune oder eines Staates durch wechselseitiges Wohlwollen schon eine gerechte, alle zufriedenstellende Verteilung von Lasten und Gütern ergeben werde. Mindestens dann, wenn es darum geht, gemeinsam und in gerechter Verteilung der erforderlichen Mühen gemeinschaftliche Güter aufzubauen und zu erhalten und den Nutzen daran fair zu verteilen, zeigen sich die Grenzen eines allein auf

¹² Diesen durchaus populären, in der Sache aber irreführenden Versuch unternimmt etwa P. Singer (2009).

den guten Willen oder die rechten Intuitionen setzenden Lösungsansatzes – die „Tragödie der Allmende“ („Tragedy of the Commons“) ist für die dann schnell sich einstellenden Ausbeutungs- und Trittbrettfahrerprobleme und die Übernutzung der Güter bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Pflege sprichwörtlich geworden.¹³ Größere Gemeinschaften, von der Dorfgemeinschaft bis hin zu modernen Nationalstaaten, haben zahlreiche Strategien entwickelt, diesem Allmende-Dilemma zu entfliehen, wobei die Ausbildung einer identifizierbaren Gruppenidentität eine bedeutende Rolle spielt. Dazu gehört zum einen der Aufbau von Bindekräften innerhalb der Gruppe durch Bereitstellung öffentlicher Güter und die Erteilung von Beteiligungsrechten für die und nur die, die der Gruppe angehören, zum anderen aber auch – gewissermaßen als die andere Seite der Medaille – der scharfe Ausschluss „der Anderen“, die nicht der Gruppe angehören (Ostrom 1990).

Innerhalb der Gruppen bilden moralische Regeln die in stabile Intuitionen und feste Handlungsdispositionen abgesenkte gemeinsame Basis für eine gelingende, weil weitgehend gleichförmige Interaktion. Zugleich ist eine gewisse Gleichförmigkeit der Interaktion Voraussetzung dafür, dass moralische Regeln als „Ensemble der Üblichkeiten“ (Marquard 1986) bestehen und die Praxen und Gemeinschaften konstituieren, die der Einzelne als Bezugsrahmen für sein Planen und Handeln voraussetzt. Und auch wenn alle Aufklärer seit der Antike mit allem Recht Fehlleistungen oder Beschränkungen überkommener Moralen beklagen und zur Arbeit an deren rationaler Fortentwicklung auffordern, lassen sich doch in der Geschichte zahlreiche Entwicklungen aufführen, die alle im Namen der Gerechtigkeit herbeigeführt wurden, dann aber vor allem aufgrund ihrer ungerechten Folgen, der Vernichtung von Wohlstand und Frieden, in Erinnerung geblieben sind. So kann eine Überforderung der Moralen zu deren Erosion beitragen und damit auch zur Dissoziierung der durch gemeinsame Üblichkeiten konstituierten Gemeinschaften. Ohne die Handlungspotenziale, die durch eine erfolgreich kooperierende Gemeinschaft entstehen, sind aber Leistungen, von denen man sich globale Wirkung erwartet, nicht zu erbringen.

Zur Überwindung der grundsätzlich gruppenbezogenen Gerechtigkeitsintuitionen, zur Vermeidung unangemessener Projektionen der eigenen Vorstellungen und zur „Globalisierung“ einer Gerechtigkeitsvorstellung, die dann auch durch

13 Hardin (1968). Die Literatur identifiziert die Gefangenendilemma-Struktur, die dem Problem zugrunde liegt, insbesondere in zahlreichen Fällen der Übernutzung von Ressourcen, vgl. stellvertretend für viele die systematische Untersuchung in Trapp (1998). Dass emotionale und soziale Bindungen geeignet sind, die tragische Konstellation zu überwinden und dauerhaft gelingende soziale Organisationen zu deren Bewältigung aufzubauen, zeigt in vielfältiger Weise Ostrom (1990).

planerisches Handeln umsetzbar ist, ohne die dafür notwendige Basis zu gefährden, müssen geeignete, praktisch wirksame Formen der organisierten Regulierung geschaffen und so implementiert werden, dass sie allen Beteiligten bekannt sind (sie könnten sonst keine Steuerungswirkung entfalten), dass sie in geeigneter Weise beobachtet und kontrolliert werden können, dass sie in geordneter Form angepasst und nachgebessert werden können, wenn sich die Umstände ändern, und dass die Bereitschaft der Beteiligten besteht, sich an diesen Rahmenbedingungen überhaupt zu orientieren. Diese Bereitschaft lässt sich erzeugen, indem man abweichendes Verhalten spürbar sanktioniert oder indem man die Rahmenbedingung insgesamt „anreizkompatibel“ gestaltet, also so, dass sie wo immer möglich die Zielerreichung der Einzelnen begünstigen und es in jedermanns eigenem Interesse liegt, sich an ihnen zu orientieren. Sehr schnell ist dann aber der Punkt erreicht, an dem sichtbare, formal begründete und auf Dauer gestellte Institutionen die Aufgaben übernehmen müssen, die in nicht-anonymen kleinen Gemeinschaften oft noch moral-gestützt und ohne weiteren Organisationsaufwand effizient geleistet werden können. Nicht zuletzt bedarf auch das Zustandekommen und Funktionieren von Märkten, die gerade für bestimmte Interaktionsformen eine effiziente Kooperation auch unter wechselseitig anonymen Teilnehmern sicherstellen wollen, solcher institutioneller Rahmenbedingungen. Damit Markt-Interaktionen zustande kommen, müssen etwa Akteure, die ihre Leistungen anbieten, darauf vertrauen können, dass bei einem frei ausgehandelten und verabredeten Tausch die Gegenleistung auch erbracht wird. Unter anonymen Verhältnissen zwischen Akteuren, die mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in die Verhandlungen gehen und unter denen Macht, Fähigkeiten und Ressourcen sehr unterschiedlich verteilt sind, wird sich dieses Vertrauen nicht ohne Weiteres einstellen. Wer aber Sorge vor einseitiger Ausbeutung hat und fürchten muss, dass er nicht verlässlich durch Tausch erwerben kann, was er für seine Lebensführung benötigt, wird nicht bereit sein, sich auf die Aktivitäten zu spezialisieren, für die er günstige Voraussetzungen vorfindet und in denen er produktiv sein kann. Er wird zudem einen gewichtigen Anteil seiner Zeit- und Güter-Ressourcen darauf verwenden müssen, sich gegen die Gefahr eines Übergriffs der Anderen zu wehren. Institutionen, die z. B. zügige, verlässliche und effiziente Sanktionsinstrumente für diejenigen bereitstellen, die nach empfangener Leistung die Gegenleistung verweigern, sind daher eine wesentliche Voraussetzung für die Herausbildung und den Betrieb von Märkten – und damit für die Wohlstandsentwicklungen, die mit der Möglichkeit verbunden sind, sich auf die Aktivitäten konzentrieren zu können, mit denen man besonders produktiv sein kann. Gerade ein auf eine technische Infrastruktur angewiesener Markt, auf dem Energie, Energieträger oder Energiedienstleistungen effizient getauscht werden, wäre ohne die Erfüllung solcher Voraussetzungen nicht vorstellbar.

So wie die über Distanzen hinweg gangkonstanten Uhren allererst ein Zeitregime in der Fläche und eine belastbare Vorstellung von Gleichzeitigkeit schaffen, die es z. B. erlauben, Fahrpläne und Flugpläne mit hinreichender Genauigkeit auf Start- und Zielort auszurichten, ermöglichen solche Institutionen dann auch allererst ein Gerechtigkeitsregime, in dem Reaktionen auf wahrgenommene kollektive Handlungsprobleme auf belastbaren Ansprüchen begründet sind, die durch wirksame Verfahren dann auch geltend gemacht und konfliktbewältigend bearbeitet werden können. Ist der Andere mir gegenüber zu nichts verpflichtet, dann bestehen auch keine Ansprüche ihm gegenüber. Verpflichtungen aber werden durch Verabredungen, auf Dauer gestellt durch Konventionen, explizit gemacht und durch Beschlussfassungen, Vertragsschluss und die Ausbildung von Institutionen allererst geschaffen.¹⁴

Auch wenn die technischen und organisatorischen Anforderungen an ein kosmisch einheitliches Zeitregime noch nicht bewältigt sind und etwa unklar bleibt, wie die Gleichtaktung zwischen Uhren, die Lichtjahre voneinander entfernt sind, kontrolliert werden kann, so können doch die hier auf Erden lokal entwickelten Praxen zeitlicher Koordination als „leitende Idee“ kosmischer Gleichzeitigkeit die Überlegungen lenken, was denn eine Lösung leisten sollte. Dazu, wie denn eine Lösung aussehen könnte und wie die vielen Detailprobleme gelöst werden können, die zu ihr hinführen, ist damit allerdings noch nichts beigetragen. Ganz analog bieten die vorgängigen Gerechtigkeitsvorstellungen jedem eine Art leitender Idee von global gerechten Verhältnissen. Insbesondere bilden sie ein Bezugssystem, relativ zu dem bestehende Verhältnisse als ungerecht „wahrgenommen“ und beurteilt werden, und damit den Ausgangspunkt für Aktivitäten, diese Verhältnisse, orientiert an der leitenden Idee, zu ändern. Lenkt man aber den Blick auf die Detailfragen, auf die Frage nach der genaueren Bestimmung der Gegenstände und Konstellationen gerechter Verteilungen, auf die Frage, wer eigentlich zu beteiligen ist und welche Prinzipien zur Beurteilung herangezogen werden sollten, dann wird das Bild diffuser. Wer hier erwartet, dass ohne Weiteres

14 Th. Hobbes bezeichnet einen Zustand, in dem es zwar Konkurrenz um die elementaren Güter gibt, in dem aber nicht bereits durch Verabredungen Verpflichtungen und Ansprüche geschaffen wurden, als Urzustand (vgl. Hobbes 1651). Bis mit der Konstituierung erster Regeln die Maßstäbe dafür geschaffen werden, kann in diesem Zustand von gerechten und ungerechten Verteilungen nicht die Rede sein – die Menschen im Naturzustand folgen quasi nur den Naturgesetzen, solange diese der einzige Maßstab sind. Ein solcher Urzustand ist sowohl auf der Ebene der Individuen unter geeigneten Randannahmen, wie z. B. einer biologischen Disposition zur instinkthaften Fürsorge für die Nächsten, als auch auf der Ebene der Horden, der Siedlungsgemeinschaft oder der Territorialstaaten, z. B. durch die Notwendigkeit zur Bildung von Verteidigungsgemeinschaften gegen organisierte Feinde etc., denkbar.

nach dem Muster der Strategien und Regeln, die sich z.T. über Jahrhunderte herausgebildet haben und die den oft unsichtbaren Kitt der eigenen relativ homogenen und relativ stabilen Gemeinschaften bilden, global gültige und anerkannte Maßstäbe für gerechte Verhältnisse entwickelt werden könnten, lässt sich dann aber von seiner Idee verleiten (Elster 1989). Was aber geleistet werden kann, ist – in Fortsetzung der von Aristoteles über die schottische Aufklärung, über Montesquieu, Kant und Rawls zu ziehenden Linie – die Beurteilung vorhandener Strategien und Regeln, des Aufbaus von Organisationen, Institutionen und Märkten nach ihrer Eignung, auf diese leitende Idee hinzuwirken.

6 Zustimmungsfähigkeit und Verallgemeinerbarkeit

Gerade in Hinsicht auf ethische Erwägungen, die die kulturell-historischen Grenzen im globalen Maßstab überschreiten, ist damit die Ethik vor prinzipielle Herausforderungen gestellt, und es sind – wenn überhaupt – erst wenige Ansätze entwickelt, um diesen zu begegnen.¹⁵ Grundsätzlich wäre die Frage zu beantworten, wie Vorschläge und Empfehlungen für „allgemeingültige“ und zugleich praktisch umsetzbare Regeln aussehen, wenn einerseits die Umsetzbarkeit nicht unabhängig ist von dem, was die Adressaten aufgrund ihrer jeweiligen moralischen Voreinstellungen zu akzeptieren bereit sind, und andererseits nicht die hier und da vorhandene faktische Zustimmung („acceptance“) aufgrund der moralischen Voreinstellungen, sondern die allgemeine Zustimmungsfähigkeit („acceptability“) unter Einbeziehung aller Aspekte der Maßstab sein soll.

Die Ausrichtung auf *allgemeine* Zustimmungsfähigkeit zielt dabei auf Verallgemeinerbarkeit in einem mehrfachen Sinn:

Kontextinvarianz

Es soll, wie es die juristische Grundregel ausdrückt, stets Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. In der Jurisprudenz wird diese Regel als Willkürverbot angesprochen. Genauer geht es dabei um die Kontextinvarianz der Beurteilung: Nur wenn gleiche Fälle auch gleich behandelt werden, nur wenn diese Handlung (oder Handlungsplanung) und jene andere, die mit der ersten in

¹⁵ Vgl. hierzu die Übersichten über die Vielfalt der Ansätze in Moellendorf/Widdows (2015) und die thematischen Zusammenstellungen in Stückelberger (2016).

allen relevanten Punkten übereinstimmt, auch gleich beurteilt werden, wird eine Grundlage geschaffen, auf der allererst stabile Verhaltenserwartungen ausgebildet werden. Wer etwa heute nach diesem Prinzip, morgen in einer sonst gleichen Situation nach jenem Prinzip verteilen will, wird entsprechend nicht als verllässlicher Interaktionspartner anerkannt. Wenn heute dieser, morgen jener begünstigt aus einer Verteilung hervorgeht, ohne dass die Ungleichbehandlung eine Rechtfertigung erfährt, wenn morgen das Verhalten geahndet wird, das heute Beifall erhalten hat, dann können Akteure nicht für die Zukunft planen und werden im Zweifel heute aufbrauchen, was sie sonst vielleicht für morgen zurückgelegt hätten. Verallgemeinerbarkeit zielt daher auf die Beurteilung ganzer Klassen (engl. „sets“) oder Typen gleicher Fälle und betrachtet einzelne Beurteilungsgegenstände im Lichte dieser Gleichheiten. Und in diesem Lichte können einzelne Verteilungen, zu denen es für bestimmte Betroffene durchaus eine günstigere Alternative gegeben hätte, akzeptabel erscheinen, auch wenn ihnen spontan die Akzeptanz mit Blick auf die Alternativen schwerfällt und es erst des Hinweises auf die übergeordnete Rationalität der Gleichbehandlung bedarf, um eine reflektierte Akzeptanz zu erreichen.

Parteieninvarianz

Allgemeine Zustimmungsfähigkeit für gerechte Verteilungen unterstellt, dass die Gesichtspunkte der Verteilung „ohne Ansehen der Person“ festgelegt werden. Insbesondere sind Diskriminierungen nach Stand, Bekenntnis, Klasse, Rasse, staatlicher Zugehörigkeit, Geschlecht usw. als Verteilungsgesichtspunkte auszuschließen. Dies schließt allerdings nicht aus, dass unterscheidende Gesichtspunkte wie Hilfebedürftigkeit, Belastbarkeit u. a.m. als gerechtfertigt erscheinen. Die Festlegung unterscheidender Gesichtspunkte der Verteilung muss jedoch an ein transparentes Verfahren gebunden sein.

Robustheit

Aussagen vom Typ: „*immer* wenn ..., dann ...“ erheben einen Geltungsanspruch nicht lediglich für bisher beobachtete, sondern gerade auch für künftige Anwendungsfälle. Insbesondere dann, wenn der mit solchen Aussagen hergestellte Zusammenhang zur Grundlage künftiger Handlungsplanung werden soll, wird man die Anwendungsfälle solange differenzieren und spezifizieren, bis die Aussagen möglichst robust sind gegen die vielfältige Varianz der Umstände. Erweist sich nach zahllosen erfolgreichen Fällen doch nicht jedes Mal dann, wenn A einen

bestimmten Zweck erreichen will, das Mittel M als erfolgreich, so wird der Wenn-Teil ggf. um eine weitere Bedingungen zu ergänzen sein („es sei denn, ...“). Analoges gilt auch für Verabredungen oder Regeln, die eine künftige, möglichst störungsarme Koordination der Handlungspläne verschiedener Akteure gewährleisten sollen. (Der grundsätzlichen Fallibilität wissenschaftlicher Aussagen entspricht dabei das Konzept der unvollständigen Verträge: Alle Eventualitäten lassen sich nicht antizipieren.)

Resilienz

Die Zielsysteme, auf die hin Menschen planen, sind nie vollständig und konsistent, sie verändern sich im Laufe des Lebens, aber auch in unterschiedlichen Lebenssituationen ordnen Akteure mal dieses Ziel jenem, mal jenes Ziel diesem unter, sei es, dass die Rahmenbedingungen sich verändern (Abrutschen von Wohlstand in Armut) oder Rollen oder Perspektiven wechseln (z. B. zwischen der des Nutzers öffentlicher Güter und der des Steuerzahlers), sei es, dass Empfindungslagen schwanken (vgl. Lichtenstein 2012; Ariely 2008, Kap. 5, 6). Verabredungen sollten für jeden der Beteiligten unter allen sich einstellenden Veränderungen zustimmungsfähig sein.

Inklusion

Verabredungen sollten für jeden der Beteiligten zustimmungsfähig sein und dabei nicht zulasten Dritter gehen – wessen Handlungspläne berührt sind, der sollte seine Zustimmung geben können, ob direkt betroffen oder nur von Fernfolgen in zeitlicher oder räumlicher Distanz. Das schließt dann auch die Passung der Verabredungen zu den vielen individuell, familiär oder kulturell geprägten Präferenzen und Präferenzordnungen mit ein.

Zustimmungsfähigkeit und Verallgemeinerbarkeit sind damit nicht Eigenschaften, die einer Verabredung, einer Konvention, einer Regel oder Norm ein für alle Mal zugeschrieben werden können. Wie für wissenschaftliche Aussagen, deren Anspruch auf Allgemeingültigkeit immer wieder auf den Prüfstand gestellt und gelegentlich zurückgewiesen werden muss, gilt auch hier immer der Vorbehalt der Vorläufigkeit. Auch kann die Gleichheit von Fällen und damit der Anspruch auf nicht-willkürliche Gleichbehandlung nicht einfachhin – etwa in Ansehung einzelner Fälle – konstatiert werden. Hier lohnt ein erneuter Seitenblick auf das oben (Abschnitt 5) bereits eingeführte Beispiel des Passanten, der Zeuge wird, wie ein Kind in einem Teich zu ertrinken droht, das er unter Inkaufnahme

geringer Risiken retten könnte. Selbst wenn man – was keineswegs trivial ist – das Bestehen einer Verpflichtung, das Kind zu retten, anerkennt, wäre damit nicht bereits eine Verpflichtung gleicher Reichweite für solche Fälle gegeben, in denen nicht das unmittelbare Gegenüber vom Ertrinken, sondern etwa eine Person in der Ferne vom Verhungern bedroht ist. Zwar liegt in beiden Fällen eine lebensbedrohende Situation vor und das Risiko für den Hilfeleistenden, hier Abhilfe zu schaffen, mag durchaus ähnlich bemessen sein. Insofern sind die Fälle zunächst als Fälle desselben Typs zu betrachten, sodass prima facie mit dem Hinweis auf die Forderung der Nicht-Willkürlichkeit aus der gegebenen (bzw. angenommenen) Verpflichtung dem ertrinkenden Kind gegenüber eine Verpflichtung gegenüber allen in lebensbedrohlichen Lagen befindlichen Kindern zu erschließen wäre, sofern sie nur mit ähnlich bemessenen Risiken zu retten wären (vgl. Singer 2009).¹⁶ Dass aber die Information über die Situation in der Ferne eine vermittelte ist, dass also andere Akteure zwischen dem Akteur und dem von tödlicher Gefahr bedrohten Kind stehen, dass er Aufwand treiben muss, um sich über hinreichend verlässliche und wieder nur mittelbar und mit Zeitverzug umsetzbare Hilfsoptionen zu informieren, dass er nicht auf unmittelbare visuelle und akustische Reize reagieren kann, sondern ggf. auf Worte und Zahlen reagieren muss, die ihm einen Notstand in der Ferne schwer fassbar machen, macht die Unterstellung einer Gleichheit der Konstellationen, die dem Analogieschluss zugrunde liegt, bereits problematisch. Vor allem aber unterstellt das Argument, dass (i) die Verallgemeinerbarkeit eine quasi von außen an das Handeln des Einzelnen gerichtete Forderung sei und dass (ii) die Gleichheit der Fälle, die jede Verallgemeinerbarkeitsforderung als gegeben voraussetzt, Gegenstand einer Feststellung, nicht einer (gemeinsamen) Festsetzung sei. In beiden Fällen handelt es sich um einen normativistischen Fehlschluss, einen verfehlten (wenn auch oberflächlich vielleicht überzeugenden) Versuch einer Herleitung konkreter Aufforderungen oder Empfehlungen aus allgemeinen Prinzipien, ohne dass dabei situative Umstände, die der Anwendung des Prinzips auf den gegebenen Fall entgegenstehen, in angemessener Weise berücksichtigt worden wären (vgl. Suchanek 2007, Abschnitt 1.3). Die Orientierung an der Verallgemeinerbarkeit und die gemeinsame Ausbildung eines Verständnisses gleicher und entsprechend gleich zu behandelnder Fälle dient der Organisation des Miteinanders und der Schaffung einer verlässlichen Handlungsumgebung, die dem Einzelnen Planungssicherheit ermöglicht. So ist es womöglich ein lobens- und unterstützenswertes Projekt, für

16 Das Analogieargument ist viel zitiert und wird oft – insbesondere außerhalb fachphilosophischer Kreise – angeführt, um für finanzielle Transferleistungen von entwickelten in entwicklungsbedürftige Regionen zu werben. Vgl. etwa Peter Singers eigene Online-Plattform <https://www.thelifeyoucan-save.org>, abgerufen am 10.10.2018.

eine Gleichbehandlung der Fälle zu werben und politisch für Rahmenbedingungen zu „streiten“, die dann auch eine faktische Gleichbehandlung begünstigen – aus dem Einzelfall allen eine allgemeine Pflicht andemonstrieren zu wollen, ist hingegen so verfehlt wie aus einer einzelnen Beobachtung auf ein allgemeines Naturgesetz schließen zu wollen. Was zu einer Klasse gleich zu behandelnder Fälle zusammengeschlossen werden soll und was als ungleich zu behandeln ist, ist vielmehr Gegenstand und – im Gelingensfall – Ergebnis immer wieder neuer Aushandlungen. Und dabei ist nicht einmal von vorneherein klar, wer die Beweislasten trägt: Traditionen und die in sie eingeschlossenen Regeln bilden hier zwar oft eine Art „Default-Einstellung“, sodass dem, der davon abweichenden Regeln folgen will, die Last der Rechtfertigung zugesprochen wird. Nicht nur jedoch erweisen sich tradierte Praxen gelegentlich als inkonsistent, als nicht für neue Situationen passend oder gar störend für neu entstandene Herausforderungen – der bloße Verweis auf bestehende Praxen kann nie als rationale Antwort gelten, wenn eine bestehende Praxis in Frage gestellt wird. Ein nicht zu unterschätzendes Argument ist allerdings der Verweis auf die evolutionär herausgebildete Funktionalität der bestehenden Praxen, auch dann, wenn es einer Fortentwicklung bedarf, um die Praxen neuen und veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Bei aller Handlungsbeschränkung, die sich durch die Bindung an das Bestehende, Etablierte ergäbe – grundsätzlich neue, „maßgeschneiderte“ Lösungen setzen voraus, dass man die Rahmenbedingungen für deren Ausgestaltung und Implementierung vollständig oder doch zumindest in den wesentlichen Ausschnitten erfasst hätte. Die Geschichte wie die Forschung geben deutliche Hinweise, dass es hochriskant ist, solche Voraussetzungen zu machen. Im Hinblick auf die Berechtigung der Teilnahme an solchen Verteilungsdiskursen und die Verpflichtung, den dort erreichten diskursiven Einverständnissen nachzukommen, ist es allerdings möglich, eine Gleichheitsregel auf „Meta-Ebene“ zu formulieren. Eine Aussicht auf verlässliche Konfliktlösung besteht nämlich nur dann, wenn allen, die sich auf das Geltendmachen von Bedürfnissen verstehen, die gleiche Chance der Diskursteilnahme zugestanden wird, und wenn außerdem alle, die an Diskursen teilnehmen, in gleicher Weise auf Verteilungskonsense zu verpflichten sind. Dabei ist der Einzelne, wo diese Diskursteilnahme der Einzelnen organisatorisch vermittelt durch Mandatsträger und Repräsentanten erfolgt, nicht aus der Verantwortung entlassen. Es bleibt ihm – mit einem Wort von R.W. Trapp – die Pflicht, die „Anreizer zum richtigen Anreizen anzureizen“ (Trapp 1998, Kap. XIII).

7 Überstaatliche und binnenstaatliche Konflikte

Ein Energieversorgungssystem (allgemein: eine Güterverteilung), das in Orientierung am Prinzip der ethischen Verallgemeinerbarkeit durch einen allen in gleicher Weise zugänglichen Diskurs gerechtfertigt ist (sein Ergebnis mag in Gleich- oder Ungleichverteilung liegen), heiße „gerecht“.¹⁷ In dieser Bestimmung weist der präskriptive Gehalt von „Gerechtigkeit“ zwei klar zu unterscheidende Momente auf (vgl. Gethmann 1995): Erstens ein *Moment der Gleichheit*, das sich dabei allerdings auf die prä-diskursiven Berechtigungen und Verpflichtungen bezieht, also etwa den gleichen Zugang zum Diskurs, Gleichbehandlung aller Teilnehmer durch die „Geschäftsordnung“ etc. Zweitens ein *Moment der gerechtfertigten Ungleichheit*, die sich auf die intra-diskursiv herausgefundenen Verteilungen, also auf das Verteilungsergebnis, bezieht. Entsprechend lassen sich zwei Postulate als Explikation des präskriptiven Gehalts von „Gerechtigkeit“ formulieren:

Gleichheitspostulat

Handle so, dass jeder, der einschlägige Bedürfnisse hat, gleiche Berechtigungen und Verpflichtungen bei der Teilnahme an Diskursen erhält!

Verteilungspostulat

Verteile so, dass jede Verteilung diskursiv gerechtfertigt ist!

Diese Postulate beziehen sich auf das Schema von Verteilungsdiskursen und können insoweit als „formal“ bezeichnet werden. Mehr „materiale“ Regeln der Verteilungsgerechtigkeit erhält man, indem man sich mit bestimmten Typen von Gütern und deren gerechter Verteilung auseinandersetzt, z.B. mit Chancen (wahrscheinlichem Nutzen) und Risiken (wahrscheinlichem Schaden). Definitivonsgem versuchen Akteure, Chancen zu erbringen und Risiken zu vermeiden. Ungeachtet der Frage, ob es überhaupt rein individuelle Chancen und Risiken geben kann, hat es jedenfalls eine gerechte Verteilung von Chancen und Risiken

¹⁷ Wie insgesamt in diesem Beitrag wird hier von „Gerechtigkeit“ nur im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit (*iustitia distributiva*), nicht etwa im Sinne der Tauschgerechtigkeit (*iustitia commutativa*) oder der Gerechtigkeit vor dem Gesetz (*iustitia legalis*) gesprochen.

mit der Frage zu tun, was man sich von anderen zumuten lassen soll und was man anderen zumuten darf. Für die Entscheidung dieser Frage können daher nicht (allein) individuelle oder kollektive Präferenzen der jeweiligen individuellen oder kollektiven Akteure ausschlaggebend sein. Dies gilt auch dann, wenn als Akteure ganze Generationen unterstellt werden. Letztlich lassen sich daher auch nur Prozeduren bestimmen, gemäß derer entschieden wird, wessen Anspruch zu berücksichtigen ist und wessen „Wille“ jeweils ganz oder teilweise realisiert werden soll.

Für die Verteilgegenstände „Chancen“ und „Risiken“ ergibt sich aus der Forderung der pragmatischen Konsistenz zunächst unmittelbar die

Regel der Risikobereitschaft

Sei bereit, Risiken zu übernehmen, wenn du ähnliche Risiken bereits in Kauf genommen oder anderen zugemutet hast und sie somit für tragbar hältst!

Weitere Regeln, die dann eine solche – von prinzipiellen Erwägungen hergeleitete – allgemeine Regel für konkrete Fälle ergänzen und praxisnah ausgestalten, sind dann mögliche weitere Rechtfertigungskandidaten, auf die sich die Diskursgemeinschaft festlegen kann:

Regel der Chancenteilhabe

Handle so, dass du die Risikoträger an den Chancen so weit wie möglich teilhaben lässt!

Regel der Risikozumutung

Entscheide Risikooptionen so, dass die bisher am wenigsten durch Chancen Begünstigten den größten relativen Vorteil haben!

Regel der Risikovorsorge

Handle so, dass du die Risikoträger deiner Chancen im Schadensfall so weit wie möglich entschädigen kannst!

Derartige Regeln, so plausibel sie sein mögen, führen jedoch sofort zu erheblichen operativen Schwierigkeiten, wenn Interaktionen einer schnell erreichten Komplexitätsstufe betrachtet werden, vor allem aber dann, wenn das Interaktionsnetz einer ganzen Gesellschaft oder noch darüberhinausgehender Akteursgruppen

betrachtet wird. Auch wenn man für die individuellen Akteure optimale Unterstellungen hinsichtlich ihrer Einsichtsfähigkeit und Handlungsabsichten macht, ist auf kollektiver Ebene daher durchaus unklar, wie eine gerechte Chancen- und Risikoverteilung gedacht werden kann. Philosophen, Ökonomen, Juristen u. a. arbeiten seit einigen Jahren an formalen Modellen, die das Funktionieren von Verteilungsdiskursen, bezogen auf chancenreiche und risikobehaftete Handlungen, deutlich machen können.

Zu den zahlreichen Aufgaben und Funktionen staatlicher Organisation gehört die Bewältigung innerer Konflikte, die friedliche Herbeiführung eines Interessenausgleichs zwischen den Bürgern in den zahllosen Fragen der individuellen Lebensführung und die Aufrechterhaltung der allseitigen Kooperationsbereitschaft in einem sich als Gemeinschaft verstehenden Großkollektiv. Im Idealfall ist der Staat als ein „kooperatives Unternehmen“ dadurch legitimiert, dass er wo immer möglich dem wechselseitigen Vorteil der Bürger dient (Rawls 1971, S. 105) und es ihnen ermöglicht, die Früchte einer friedlichen Kooperation zu ernten, ohne seinerseits erhebliche Ressourcen dafür aufzuwenden. Die staatlichen Agenturen sind selbst dem Recht unterworfen und Konflikte zwischen den Vertretern des Staates sind ebenso effizient und geregelt bewältigbar wie Konflikte zwischen den Bürgern. Der Staat schützt den Bürger vor Übergriffen anderer auf Eigentum und Leben und schafft damit die Planungssicherheit, die für Investitionen in die Zukunft und nachhaltiges Handeln erforderlich ist. Im Idealfall wird man auch überstaatliche Organisationen und deren Verhältnis zu den Einzelstaaten gerade gemäß diesen Anforderungen entwerfen. Da sich hier aber kaum andere als gestufte Verantwortungen und Mehr-Ebenen-Systeme vorstellen lassen, sind mit der Koppelung auch Herausforderungen verbunden, die ethische Relevanz besitzen und erhebliche Belastungen für die Herstellung gerechter Verhältnisse mit sich bringen können.

So können gerade zur Erhaltung der Kooperationsbereitschaft einzelner Bürger oder gleichgesinnter Bürger, die sich zur Durchsetzung eines gemeinsamen Interesses zusammenschließen, Konfliktregulierungen im Inneren eine Bindewirkung entfalten, die gerade den überstaatlichen Kooperationsinteressen entgegenstehen. Dies wird besonders deutlich, wenn man etwa dem IPCC folgend das Volumen an CO₂-Emissionen, das maximal freigesetzt werden darf, sofern bestimmte Risiken eines Klimawandels vermieden werden sollen, als ein Budget versteht, das der Weltgemeinschaft als ganzer zur Verfügung steht. Maßnahmen, die aus Gründen der Kooperationssicherung im Inneren auf nationaler Ebene beschlossen werden und dem Interessenausgleich zwischen Akteuren dienen, die etwa aufgrund unterschiedlicher Wohlstandserwartungen, unterschiedlicher Risikoneigungen oder unterschiedlicher Handlungsvoraussetzungen unvereinbare Ziele verfolgen, gehen dabei oft zulasten Dritter: Seien es regional-wirtschaftliche

Interessen, die den einen an der Verwertung der vor Ort günstig und reichlich verfügbaren Kohle festhalten lassen, oder sei es die Ablehnung der Risiken, die mit der Abscheidung und Speicherung von CO₂ oder dem Weiterbetrieb weitgehend CO₂-neutraler Kernkraftwerke verbunden sind – Kompromisse, die auf dieser Grundlage auf nationaler Ebene gefunden werden und das dabei zur Verfügung stehende Potenzial zur Emissionsminderung nicht ausschöpfen, verringern als wirkungsvolle Konfliktbeilegung auf nationaler Ebene das insgesamt verfügbare Rest-Budget. Ein auf dieser Grundlage geschlossener innerstaatlicher „Gesellschaftsvertrag“ ist vor allem dann ein Vertrag zulasten Dritter, wenn anderen – z. B. aufgrund des sozialen oder technischen Entwicklungsstands oder aufgrund der anderen regionalen Gegebenheiten – wenige oder keine Spielräume zur Verfügung stehen, auf andere Energie-Optionen auszuweichen und wenn eine Minderung des Budgets durch die eine Seite dann entweder bedeuten würde, dass diese die Inanspruchnahme durch andere durch eine Absenkung des Energie-Konsums ausgleichen oder aber die Risiken eines Klimawandels hinnehmen müssten, den andere ihnen zumuten. Die oben gewählten Beispiele machen deutlich, dass es hier vor allem auch um eine Frage der gerechten Verteilung von Risiken geht: Die geringen technischen und ökonomischen Risiken, die etwa mit der Beibehaltung von Kohle-Kraftwerken verbunden sind und mit einer erheblichen Inanspruchnahme von CO₂-Kontingenten einhergehen, stehen den Risiken gegenüber, denen sich andere durch die dann verbleibenden Optionen ausgesetzt sehen. Und wer es unter Hinweis auf die damit verbundenen Risiken unterlässt, die mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundenen Einsparungspotenziale zu nutzen, der mutet damit anderen Risiken zu.

In westlichen Industrienationen werden – eben weil die Frage, wer wem welche Risiken zumuten darf, Gegenstand des gesamtgesellschaftlichen Ausgleichs ist – Entscheidungen über die Energieinfrastruktur von solcher Reichweite von Repräsentanten der Gesellschaft und oft unter Einbeziehung betroffener Teile der Gesellschaft getroffen. Insbesondere die Bindewirkung solcher Entscheidungen, die durch intensive direkte Bürgerbeteiligung zustande gekommen sind, darf als besonders hoch angesehen werden. Einem Repräsentanten des Staates bliebe in internationalen Verhandlungen kaum ein Spielraum, die so gefundenen Beschlüsse auch nur zu relativieren. Wie jedoch die Auseinandersetzungen um die Risiken der Kernkraft oder um Installationen wie Stromtrassen oder Windräder, die eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energiequellen ermöglichen sollen, zeigen, werden die Partizipationsbegehren in aller Regel gerade nicht mit Blick auf das zur Verfügung stehende Emissionsbudget erhoben, sondern mit Blick auf quasi lokale Risiken, die dann als „Externalitäten“ auf Einwohner anderer Staaten abgewälzt werden.

Externalitäten entstehen nicht nur aufgrund der globalen Verbundenheit durch die allen gemeinsame eine Atmosphäre. Auch die Beziehungen, die über die Schaffung gemeinsamer Märkte ausgebildet wurden, gehen mit solchen Externalitäten einher: So werden Abfälle in Länder verschifft, in denen wenige von den Geldzahlungen profitieren, während große Teile der Gesellschaft, die an den Entscheidungen nicht beteiligt sind und nicht mit hinreichender politischer Macht ausgestattet, die gesundheitlichen Risiken zu tragen haben. Und auf internationalen Märkten werden Rohstoffe gehandelt, die unter Inkaufnahme erheblicher Risiken für Mensch und Umwelt gefördert werden, von deren Verkauf aber nur einige wenige profitieren. Die Risiken, die durch die Inanspruchnahme der günstig angebotenen, weil mit Externalitäten belasteten Ressourcen anderen zugemutet werden, sind dabei nicht lediglich die aktuellen Risiken für Gesundheit und Leben, sondern auch künftige Risiken, die entstehen, weil durch die Geldflüsse die Machtverhältnisse perpetuiert und die bestehenden Verhältnisse stabilisiert werden. Während in Ländern, die bereits weitgehend als „kooperatives Unternehmen zugunsten aller“ ausgebildet sind oder sich doch dieser Idee verdanken, die Entdeckung gewinnträchtiger Bodenschätze gute Voraussetzungen findet, den allgemeinen Wohlstand zu befördern (Beispiel: Norwegen), bilden sich nach einer solchen Entdeckung in bereits extrem ungleichen und nicht durch robuste rechtsstaatliche Verfassungen abgesicherten Gesellschaften leicht ausbeuterische Verhältnisse aus. In der Literatur wird dieses Phänomen als Ressourcen-Falle oder auch Ressourcen-Fluch (*resource curse*) bezeichnet (vgl. dazu etwa Sachs 2001; Wenar 2015). Es geht mit Diktatur und Unterdrückung, mit Korruption und Instabilität, mit einem hohen Verschuldungsrisiko, dauerhafter politischer Instabilität und anhaltender Gewalt in sog. „failed states“ einher (Acemoglu/Robinson 2012). Übernationale Institutionen allein können hier nicht für den erforderlichen Ausgleich sorgen. Zugleich sind die Individuen angesichts der Vielfalt der Aspekte und der Komplexität der Zusammenhänge informationell überfordert. Es kommt daher gerade auch den einzelnen Staaten eine Verantwortung zu, nicht nur Interessenbekundungen aufzunehmen und sich auf die Akzeptanzbereitschaft der Bürger auszurichten, sondern in internationaler Abstimmung für akzeptable, von rationalen Argumentationen gestützte Beschlüsse zu werben. Nicht zuletzt aufgrund der Potenziale, die die neuen Medien organisierten Gruppen zur Durchsetzung ihrer Sonderinteressen bieten, ist der Staat als kooperatives Unternehmen zum Vorteil aller gefordert, auch die Anreize, die Bürger und innerstaatliche Organisationen ihm setzen, auf ihre Verallgemeinerbarkeit hin zu überprüfen.

Bibliographie

- Acemoglu, Daron/Robinson, James (2012): *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. New York: Crown.
- Arieli, Dan (2008): *Predictably Irrational*. Überarbeitete und erweiterte Auflage. New York: Harper Collins.
- Chatterjee, Deen K. (Hrsg.) (2008): *Encyclopedia of Global Justice*. Dordrecht: Springer.
- Deaton, Angus (2013): *The Great Escape: Health, Wealth, and the Origins of Inequality*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Elster, Jon (1989): *The Cement of Society: A Survey of Social Order*. New York: Cambridge University Press.
- Gethmann, Carl F. (1995): „Ethische Probleme der Verteilungsgerechtigkeit im Umweltstaat“. In: Carl F. Gethmann/Michael Kloepfer/Sigrid Reinert (Hrsg.): *Verteilungsgerechtigkeit im Umweltstaat*. Bonn: Economica, S. 1–22.
- Gethmann, Carl F. (2006): „Das abendländische Vernunftprojekt und die Pluralität der Kulturen“. In: John M. Krois/Norbert Meuter (Hrsg.): *Kulturelle Existenz und Symbolische Form. Philosophische Essays zu Kultur und Medien. Festschrift für Oswald Schwemmer*. Berlin: Parerga, S. 17–39.
- Gethmann, Carl F./Sander, Thorsten (1999): „Rechtfertigungsdiskurse“. In: Armin Grünwald/Stephan Saupe (Hrsg.): *Ethik in der Technikgestaltung*. Berlin: Springer, S. 117–151.
- Hardin, Garrett (1968) „The Tragedy of the Commons“. In: *Science* 162 (3859), S. 1243–1248.
- Höffe, Otfried (1999): *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*. München: C.H. Beck.
- Hobbes, John (1651): *Leviathan or The Matter, Forme and Power of a Common Wealth Ecclesiasticall and Civil*. London: Andrew Crooke.
- Hume, David (1751): *An Enquiry Concerning the Principles of Morals*. Oxford: Dover.
- Janich, Peter (1980): *Protophysik der Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kamp, Georg (2015): „Ethik der langfristigen Planung“. In: Georg Kamp (Hrsg.): *Langfristiges Planen*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer, S. 165–214.
- Lerch, Achim (2004): „Kann man Nachhaltigkeit ökonomisch begründen? Materielle Verteilungsfragen und Generationengerechtigkeit“. In: Felix Ekardt (Hrsg.): *Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Philosophische, juristische, ökonomische, politologische und theologische Neuansätze in der Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik*. Münster: LIT, S. 108–128.
- Lichtenstein, Sarah (2012): *The Construction of Preferences*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Marquard, Odo (1986): „Apologie des Zufälligen. Philosophische Überlegungen zum Menschen“. In: Odo Marquard: *Apologie des Zufälligen. Philosophische Schriften*. Stuttgart: Reclam, S. 117–139.
- Moellendorf, Darrel/Widdows Heather (2015): *The Routledge Handbook of Global Ethics*. New York, NY: Routledge.
- Mokyr, Joel (1990): *The Lever of Riches. Technological Creativity and Economic Progress*. Oxford: Oxford University Press.
- Nida-Rümelin, Julian/Rath, Benjamin/Schulenburg, Johann (2012): *Risikoethik*. Berlin: De Gruyter.

- Nordhaus, William D. (1996): „Do Real-output and Real-wage Measures Capture Reality?“. In: Timothy F. Bresnahan/Robert J. Gordon (Hrsg.): *The Economics of New Goods*. Chicago: University of Chicago Press, pp. 29–66.
- Nussbaum, Martha (1988): „Nature, Functioning and Capability: Aristotle on Political Distribution“. In: *Oxford Studies in Ancient Philosophy (Supplementary Volume)* 6, S. 145–184.
- Nussbaum, Martha (2011): *Creating Capabilities: The Human Development Approach*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Sachs, Jeffrey/Warner, Andrew (2001): „The Curse of Natural Resources“. In: *European Economic Review* 45. Nr. 4–6, S. 827–838.
- Sen, Amartya (1979): „Equality of What?“. In: Amartya Sen: *McMurrin S Tanner Lectures on Human Values*. Bd. 1. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Sen, Amartya (2009): „Capability: Reach and Limit“. In: Enrica Chipper-Martinetti (Hrsg.): *Debating Global Society. Reach and Limit of the Capability Approach*. Mailand: Sipiel, S. 15–28.
- Simon, Julian (1996): *The Ultimate Resource 2*. 2. Auflage. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Singer, Peter (2009): *The Life You Can Save*. New York: Random House.
- Streffer, Christian/Gethmann, Carl F./Kamp, Georg/Kröger, Wolfgang/Rehbinder, Eckard/Renn, Ortwin/Röhlig, Klaus-Jürgen (2011): *Radioactive Waste. Technical and Normative Aspects of Its Disposal*. Berlin: Springer.
- Stückelberger, Christoph (Hrsg.) (2016): *Global Ethics Applied*. Bd. 1–4. <http://www.globethics.net/gel/10214920>; <http://www.globethics.net/gel/10214922>; <http://www.globethics.net/gel/10214923>; <http://www.globethics.net/gel/10214924>, abgerufen am 12.12.2018.
- Subramanian, Meera (2014): „Deadly Dinners“. In: *Nature* 509, S. 548–551.
- Suchanek, Andreas (2007): *Ökonomische Ethik*. 2. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Trapp, Rainer W. (1998): *Klugheitsdilemmata und die Umweltproblematik*. Paderborn: mentis.
- Hylton, Stuart (2015): *What the Railways Did For Us: The Making of Modern Britain*. Gloucestershire: Amberley.
- Wenar, Leif (2015): *Blood Oil: Tyrants, Violence, and the Rules that Run the World*. Oxford: Oxford University Press.